



Nr. 40

11. November 2021

Inhalt

Diskussion über Digitalministerium

[Moderner Staat: dbb fordert schlagkräftige Digitalagentur](#)

Koalitionsverhandlungen

[Es ist Zeit, Pflege neu zu denken](#)

BSBD Gewerkschaftstag

[Pakt für den Rechtsstaat soll erweitert werden](#)

Einkommensrunde 2021

[Lehrkräfte starten Aktionstage](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[Vom Homeoffice zur Kita: Jetzt auch Unfallschutz für Beamtinnen und Beamte](#)

Saarland

[Nach der Landtagswahl mehr Engagement für den öffentlichen Dienst erwartet](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Sofortige stationäre Grenzkontrollen zu Polen gefordert](#)

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)

[Corona-Regeln: Politik zum abgestimmten Handeln aufgefordert](#)

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

[Imagekampagne „Ich habe LehrKRAFT!“ gestartet](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Diskussion über Digitalministerium Moderner Staat: dbb fordert schlagkräftige Digitalagentur

dbb Chef Silberbach spricht sich klar gegen ein neues Digitalministerium aus und plädiert für eine schlagkräftigen Digitalagentur. Eine geeignete Einrichtung dafür gebe es bereits.

„Ein neues Digitalministerium wird die drängenden Probleme der Digitalisierung in unserem Land und insbesondere in der öffentlichen Verwaltung nicht lösen“, stellt der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach in der aktuellen Diskussion über die Gestaltung der digitalen Transformation in Deutschland klar. Fachleute in Verwaltung und Wissenschaft auf nationaler wie internationaler Ebene, insbesondere auch der Normenkontrollrat, unterstützen diese Auffassung. „Die europäischen Vorreiter bei der Digitalisierung haben kein Digitalministerium. Sie haben das Thema einem starken klassischen Ministerium zugeordnet, meist dem Wirtschafts- oder dem Finanzministerium, und dann, was viel entscheidender ist als die politische Zuordnung, eine schlagkräftige, personell gut ausgestattete Digitalisierungsagentur geschaffen.“

„Die Corona-Pandemie hat das gewaltige Defizit bei der Modernisierung unseres Staates offenbart“, unterstreicht Silberbach: „Schulen ohne W-Lan, faxende Behörden, Telefonhotlines, bei denen niemand durchdringt – die Liste der to Dos ist lang und die Zeit ist knapp.“ Die Menschen seien es leid, dass ihr Staat vor

allem digital nicht funktioniere und in vielem hinterherhinke, oft sogar nicht einmal mehr präsent sei. „Anstatt sich also mit Scheindiskussionen über den nächsten großen Tanker, der sich schon bald querstellen würde, aufzuhalten, muss die Politik endlich ins Machen kommen – Schluss mit dem Schnecken-tempo!“, fordert der dbb Chef. „Mit der FITKO, der öffentlichen Einrichtung von Bund und Ländern zur föderalen IT-Kooperation mit Sitz in Frankfurt am Main, haben wir bereits eine Organisation, die sich für den Ausbau zu einer schlagkräftigen Digitalagentur geradewegs aufdrängt. Ausgestattet mit effektiven Kompetenzen und Durchgriffsrechten, die in einem Staatsvertrag festzulegen sind, sowie personell und finanziell entsprechend aufgestellt, könnte die FITKO schnell zum zentralen Modernisierungsmotor in Sachen Digitalisierung werden.“ Die Koalitionsverhandelnden der neuen Ampel-Regierung haben bereits im ersten Punkt ihres Sondierungspapiers unter der Überschrift „Moderner Staat und digitaler Aufbruch“ deutlich gemacht, dass das Thema auf ihrer politischen Agenda ganz oben steht. Jetzt können sie beweisen, wie ernst es ihnen damit tatsächlich ist“, drängt Silberbach.

Koalitionsverhandlungen Es ist Zeit, Pflege neu zu denken

Der dbb und die dbb bundessenorenvertretung fordern von einer neuen Bundesregierung, Vorsorge und Prävention zum Leitprinzip der Gesundheitspolitik zu machen.

Weiter sollen die Pflegeberufe konsequent attraktiver gestaltet werden. Das geht aus einem Schreiben des dbb an die Mitglieder der Verhandlungskommission der Arbeitsgruppe 12 Gesundheit und Pflege hervor. dbb und dbb Senioren begrüßen die im Sondierungspapier von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP enthaltene Absichtserklärung, die gesetzliche und die private Kranken- und Pflegeversicherung zu erhalten.

Gleiches gilt für die dort skizzierte Offensive für mehr Pflegepersonal. „Gute Pflege funktioniert nur mit gut ausgebildeten Pflegekräften. Dazu müssen nicht nur die Arbeitsbedingungen im

Pflegebereich verbessert werden. Wir brauchen mehr Personal, bessere Arbeitszeit- und Schutzregeln und eine vernünftige materielle Ausstattung der Arbeitsplätze“, sagt dbb Chef Ulrich Silberbach. Genauso wichtig sei aber ein angemessenes Lohngefüge. „Es fehlt den Pflegeberufen immer noch an Attraktivität. Es gibt kaum Aufstiegsmöglichkeiten und wenig Chancen, den Verantwortungsbereich zu erweitern. Hier sind mutige Ideen gefragt, denn die Akademisierung der Pflegeberufe erfordert eben auch zeitliche Ressourcen, die aufgrund der geringen Personaldecke derzeit zumindest nur schwerlich realisierbar sind.“ Letztlich müsse der Pflegeberuf auch in der Öffentlich-

keit mehr Wertschätzung erfahren, so Silberbach weiter. „Die Beschäftigten in pflegerischen Berufen müssen sichtbarer werden und verdienen nicht nur in Pandemiezeiten mehr Anerkennung. Es ist jetzt an der Zeit, Pflege neu zu denken.“

Darüber hinaus müsse die neue Bundesregierung einen Schwerpunkt auf Vorsorge und Prävention legen. „Fakt ist: Prävention ist immer noch die beste und langfristig auch kostengünstigste Medizin, um Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern“,

bekräftigt der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Horst Günther Klitzing. Die Stärkung des Präventionsgedankens im Bereich der Pflege sei richtig und wichtig, sollte sich aber nicht nur auf die Pflege beschränken: „Der dbb fordert seit Jahren eine Stärkung der Präventionsarbeit im Bereich chronischer Erkrankungen wie beispielsweise Diabetes mellitus oder im Bereich der Suchterkrankungen. Kurzfristige Mehrausgaben machen sich mittel- bis langfristig nicht nur in einer gesünderen Bevölkerung, sondern auch in den Bilanzen der Kranken- und Pflegeversicherung bemerkbar“, so Klitzing.

BSBD Gewerkschaftstag Pakt für den Rechtsstaat soll erweitert werden

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach fordert von der neuen Bundesregierung eine Initiative zur Modernisierung des Strafvollzugs.

„Bund und Länder haben mit dem ‚Pakt für den Rechtsstaat‘ in den letzten beiden Jahren einige wichtige Verbesserungen auf den Weg gebracht. Doch nun müssen wir darüber hinaus denken. Und dazu gehört für uns ganz klar, dass nach den Gerichten und den Polizeibehörden auch der Strafvollzug gestärkt und modernisiert wird“, sagte der dbb Chef am 11. November 2021 beim Gewerkschaftstag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) im niedersächsischen Soltau.

Gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden politischen und religiösen Radikalisierung

in Teilen der Gesellschaft seien die Anforderungen an die Beschäftigten im Strafvollzug erneut gestiegen, betonte Silberbach: „Wenn wir nicht wollen, dass unsere Justizvollzugsanstalten zu regelrechten ‚Hotspots der Radikalisierung‘ werden, müssen wir dort investieren. Das betrifft alle Bereiche: die Gebäude, die Ausrüstung, die Personalausstattung. Und das betrifft natürlich auch die Attraktivität des Berufsfeldes. Hier erwarten wir von den Ländern bereits in den laufenden Tarifverhandlungen einen großen Schritt in die richtige Richtung. Aber das kann nur ein Anfang sein, wir brauchen zeitnah größere Anstrengungen von Bund und Ländern gemeinsam.“

Einkommensrunde 2021 Lehrkräfte starten Aktionstage

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder werden von den Arbeitgebern weiterhin blockiert. Lehrkräfte starten diese Woche deshalb Aktionstage.

Am 8. November 2021 haben die Mitglieder des Deutsche Philologenverbandes (DPHV) bundesweit für höhere Einkommen protestiert. „Nur mit einer konkurrenzfähigen Bezahlung kann dem Lehrermangel, besonders in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern, begegnet werden. Wertschätzung der Arbeit im öffentlichen Dienst der Länder durch den Arbeitgeber äußert sich auch in der Bereitschaft, die Beschäftigten nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abzukoppeln“, erklärte die DPhV-Bundesvorsitzende

Susanne Lin-Klitzing. „Wir erwarten nicht nur einen ordentlichen Tarifabschluss. Wir erwarten auch, dass er auf die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten übertragen wird. Deshalb ist es das richtige Signal, dass heute tarifbeschäftigte und verbeamtete Lehrkräfte gemeinsam für ihre Forderungen eintreten.“

Am 11. November hat auch der Verband Bildung und Erziehung (VBE) zu einem Aktionstag aufgerufen, um an etwa 50 Standorten

bundesweit gegen die Verweigerungshaltung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) mit dem niedersächsischen Finanzminister Reinhold Hilbers an der Spitze zu demonstrieren. Der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann sagte: „Ständig werden den Schulen von der Politik neue Aufgaben übertragen, die entsprechenden Ressourcen zu deren Bewältigung aber verweigert. Und nun gibt die TdL nicht mal ein Angebot zur Einkommenserhöhung ab. Schlimmer noch: Sie will die Verhandlungen gleich ganz platzen lassen, wenn

wir nicht ihren Wünschen zur Verschlechterung bei der Eingruppierung entsprechen. Das ist kein Angebot, das ist ein Witz! Wo bleibt die Wertschätzung für das, was Lehrkräfte in Krisenzeiten geleistet haben. Angesichts der steigenden Inflation droht ein Minus beim Reallohn, wir brauchen aber ein echtes Plus.“

Mehr Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

Vom Homeoffice zur Kita: Jetzt auch Unfallschutz für Beamtinnen und Beamte

Beamtinnen und Beamte in Bayern sollen künftig auch Wegeunfallschutz genießen, wenn sie ihre Kinder aus dem Homeoffice in Betreuung bringen.

Für einen entsprechenden Antrag der Regierungsfractionen hat der Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes dem Plenum gestern die Annahme empfohlen. Damit zöge Bayern der gesetzlichen Unfallversicherung gleich, die diesen Schutz für den Arbeitnehmerbereich bereits verankert hat.

BBB-Chef Rainer Nachtigall: „Ein wichtiger Schritt zum umfassenden Schutz der Beschäftigten auch im Homeoffice!“ Im Zuge der Pandemie habe das Homeoffice deutlich an Bedeutung gewonnen. Nun müssten auch die zum Schutz der Beschäftigten bestehenden flankierenden Bestimmungen ins Auge gefasst werden, so Nachtigall. Diese müssen den veränderten Gegebenheiten und Bedürfnissen an-

gepasst werden. „Und das für alle Beschäftigtengruppen“, betont der BBB Vorsitzende. Man sei den Regierungsfractionen und ebenso dem Landtagsausschuss unter Vorsitz des Abgeordneten Wolfgang Fackler sehr dankbar für die schnelle Reaktion auf das entsprechende Engagement des BBB.

Bisher gilt dieser Schutz für Beamtinnen und Beamte nur für Umwege (zur Kinderbetreuung) auf dem Weg zum Dienstort. Mit der Änderung würde der Schutz rückwirkend zum 1. Januar 2019 erweitert. In der gesetzlichen Unfallversicherung wurde dies für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereits mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz Mitte des Jahres geändert.

Saarland

Nach der Landtagswahl mehr Engagement für den öffentlichen Dienst erwartet

Mit Blick auf die Landtagswahl am 27. März 2022 hat der Landeshauptvorstand des dbb saar festgelegt, Wahlprüfsteine für die Parteien aufzustellen.

„Der dbb will einen starken öffentlichen Dienst und erwartet von der Politik einen Umdenkprozess. Deshalb darf es eine weitere Sparwelle im gesamten öffentlichen Dienst nicht mehr geben. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Saarlandes erwarten vor der Landtagswahl von den Parteien, die sich um Landtagsmandate bewerben, dass sie sich mit klaren

und realistischen Wahlaussagen zur weiteren Entwicklung im öffentlichen Dienst positionieren“, stellt dbb Landeschef Ewald Linn am 10. November 2021 klar.

Der Landeshauptvorstand, nach dem alle fünf Jahre stattfindenden Landesgewerkschaftstag

das höchste Beschlussgremium des Dachverbandes, stellte weitere gewerkschaftspolitischen Weichen für das Jahr 2022. Angesichts der aktuellen festgefahrenen Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) forderte das Gremium die Arbeitgeberseite auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und in der dritten Verhandlungsrunde

Ende November 2021 endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. Um das zu erreichen, fordert der Landeshauptvorstand auch die Landesregierung des Saarlands auf, sich innerhalb der TdL für eine Lösung einzusetzen.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

Sofortige stationäre Grenzkontrollen zu Polen gefordert

Die DPOIG hat erneut die abwartende Haltung des Bundesinnenministers zu stationären Grenzkontrollen zu Polen kritisiert. Die dramatische Situation an der polnischen Grenze zu Belarus, wo derzeit geflüchtete Menschen in großer Zahl ankommen, dulde keinen Aufschub.

Der DPOIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt sagte am 9. November 2021: „Die Ereignisse in Belarus warten nicht darauf, bis die neue Bundesregierung im Amt ist, jetzt sind Entscheidungen nötig. Stündlich verändern sich die Lagebilder, und der Migrationsdruck auf die polnische Grenze nimmt ständig zu. Die Menschen wollen nicht in Polen bleiben, sondern nach Deutschland weiterreisen. Deshalb müssen mehrere Schritte gleichzeitig geschehen, das gilt für die umfangreichen Schutzmaßnahmen der polnischen Grenzsicherungskräfte, weitere Sanktionen durch die EU, aber eben auch notwendige Kontrollmaßnahmen an der

deutsch-polnischen Grenze, die den Migranten auch die klare Botschaft sendet, dass es hier kein Weiterreisen gibt.“

Die jetzige Situation sei auch das Ergebnis bisheriger deutscher Migrationspolitik, die immer wieder viel zu hohe Anreize für Migration nach Deutschland setze und deshalb korrigiert werden müsse. „Wenn Deutschland seine Haltung nicht ändert, werden unsere befreundeten Nachbarländer diesem Druck nicht lange standhalten können, weder in Ost- noch in Südeuropa“, erklärte Wendt.

Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)

Corona-Regeln: Politik zum abgestimmten Handeln aufgefordert

Der BvLB fordert bundesweit einheitliche Corona-Regeln für die beruflichen Schulen sowie eine tägliche Testpflicht für alle, die in die Schulen kommen. Nur so könne der wichtige Präsenzunterricht über den ganzen Winter hinweg aufrechterhalten werden.

„Nur ein einheitliches Handeln der Politik führt letztlich dazu, dass die Entscheidungen gesellschaftlich auf breiter Ebene mitgetragen werden. Uneinheitliches Vorgehen irritiert hingegen, lässt Zweifel aufkommen, inwieweit Politik überhaupt noch in der Lage ist, vorausschauend und verantwortungsvoll zu handeln. Letztlich geht es einzig darum, Schulen für Schülerinnen und Schüler sowie für die Lehrkräfte zu einem sicheren Ort zu machen. Es muss klar definiert sein, ab welchem Inzidenzwert die 3G-Regel in den beruflichen Schulen Anwendung findet“, sagte Joachim Maiß, BvLB-Vorsitzender, am 9. November 2021.

Die Pandemie könne nur gemeinschaftlich überwunden werden, wenn überall nachvollziehbar dieselben Regeln greifen und damit das verantwortungsvolle Handeln eines jeden Einzelnen geschürt werde. Maiß: „Das gilt für den Besuch auf dem Weihnachtsmarkt ebenso wie in der Schule oder im Fußballstadion in allen 16 Bundesländern. Ein föderaler Flickenteppich ist da kontraproduktiv und führt letztlich auch nicht dazu, die Impfbereitschaft zu steigern. Aber genau die brauchen wir. Niederschwellige Impfangebote, der Impfbus auf dem Schulhof, statt eines ewigen Hin und Her in irgendwelchen Verordnungen, bei der sich die Bevölkerung nur noch kopfschüttelnd abwendet.“

Deutscher Philologenverband (DPHV) Imagekampagne „Ich habe LehrKRAFT!“ gestartet

„Es ist Zeit zu zeigen, wie engagiert unsere Lehrkräfte sind – wie motiviert, wie interessiert.“ Das sagte die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing zum Start der Kampagne „Ich habe LehrKRAFT!“.

Lehrkräfte hätten nicht nur in der Corona-Krise Herausragendes geleistet, so die DPhV Chefin am 4. November 2021. Sie hätten Präsenz- und Distanzunterricht vorbereitet, zwei Jahrgänge unter erschwerten Bedingungen zu einem qualitativ hochwertigen Abitur geführt und sich nahezu wöchentlich neuen Unterrichtssituationen angepasst. Trotzdem sei viel Kritik an Deutschlands Lehrkräften geübt worden – von Eltern, Medien, aber auch Politikerinnen und Politikern. Als Reaktion darauf zeigt die Kampagne Lehrkräfte, die sich selbst und ihre Motivation für den Beruf vorstellen.

Die Testimonials aus dem gesamten Bundesgebiet werden sich auf Twitter, Facebook und

auf dem neu eingerichteten Instagram-Account des DPhV (die_philologen) präsentieren, ebenso in der Zeitschrift PROFIL und auf Plakaten. Eine von ihnen ist Luise Wurlitzer, Lehrerin für Deutsch und Gemeinschaftskunde am Gymnasium Markneukirchen (Sachsen). „Lehrersein ist mehr als ein Job, jeden Tag gibt es neue Herausforderungen, Erkenntnisse und gemeinsame Fortschritte“, erklärt sie ihre Motivation zur Teilnahme. „Man hat am Ende des Tages das Gefühl, seine Energie richtig investiert zu haben, und das ist Gold wert.“ Diese Einstellung möchte sie transportieren und einer breiten Öffentlichkeit vermitteln.

Namen und Nachrichten

Die aktualisierte Besoldungstabelle Nordrhein-Westfalen, gültig ab 1. Januar 2021, steht nunmehr auf www.dbb.de zur Verfügung. Mit dem Gesetz zur Anpassung der Alimentation kinderreicher Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften von September 2021 hat das Land Nordrhein-Westfalen den Regelungsauftrag des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt und darüber hinaus die familienbezogenen Bezüge-Bestandteile für dritte und weitere Kinder rückwirkend zum 1. Januar 2021 für alle Beamtinnen und Beamten den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts angepasst. Ferner erhalten alle diejenigen Beamtinnen und Beamten ab dem Jahr, in dem sie ihre Ansprüche für ihr drittes und jedes weitere bei ihrem Dienstherrn geltend ge-

macht haben und über den noch nicht abschließend entschieden worden ist, eine entsprechende Nachzahlung für die jeweiligen Kinder. Eine allgemeine Rückwirkung für alle Beamtinnen und Beamten hat der Gesetzgeber nicht vorgenommen.

Der dbb Landesbund in Sachsen (**SBB**) hat angesichts der Blockadehaltung der Arbeitgeber in der aktuellen Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst der Länder eine Postkartenaktion gestartet. Die Mitglieder sind aufgerufen, vor der vermutlich finalen Verhandlungsrunde am 27. und 28. November 2021 eine Karte mit entsprechender Botschaft an den Sächsischen Finanzminister Hartmut Vorjohann zu schicken. Mehr Informationen unter www.sbb.de.

Termine:

24. November 2021

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST digital:
„Corona-Pandemie und Dienstunfall – was bedeutet das?“
Weitere Informationen folgen.

27. und 28. November 2021

Einkommensrunde 2021: 3. Verhandlungsrunde
Weitere Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde
